Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. -- Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 219. | Bielefeld-Bethel, Freitag, den 19. September 1919 | Jahrgang 1.

Es ist ein großer Gewinn, wer gottselig ist und läßt sich genügen. 1. Tim. 6, 6.

Von den britischen Kohlen-Herzögen.

Dem Weltkrieg hat man es zu verdanken, daß nun endlich einiges Licht in die Umstände geworfen wird, auf welche Weise viele von den britischen adligen Grundbesitzern zu ihren riesigen und wertvollen Latifundien gekommen sind. Ganz erstaunliche Dinge sind in den letzten Tagen zutage gefördert worden. Unter den von den Arbeiterführern Smillie und Hodges ins Kreuzverhör genommenen adeligen Grubenbesitzern befanden sich die Herzöge von Northumberland und von Hamilton, der Marquis von Londonderry und der Marquis von Bute und Lord Tredegar, der den Weltkrieg als Marine-Offizier mitgemacht hat und sich über die scharfe Zugluft baß verwunderte, die jetzt im Inselreich den Jahrhunderte alten Staub aufwirbelt. Seit dem 13. Jahrhundert wird ja auf dem Besitztum des Herzogs von Northumberland Steinkohle gefördert, die dem jetzigen Besitzer von rund 170 000 Acres die schöne Summe von 82,000 Lstr. jährlich abwirft. Soviel Gold flösse nämlich in die bodenlosen Taschen von Ihro Gnaden, wenn der leidige Krieg nicht ausgebrochen wäre, der mit seinen zweiunddreißig Prozent Einkommensteuer, der Gewinn- und Extragewinnsteuer soviel beansprucht für den Staatssäckel, daß dem armen Herzog nur 23, 890 Lstr., also lumpige 600,000 Franken bleiben. Kein Wunder, daß dem Herzog, der aus seinem arg beschnittenen Einkommen verschiedene Schlösser erhalten und standesgemäß leben muß, dem Richter Sankey ankündete, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Verstaatlichung der Kohlengruben als ein nationales Unglück im Hause der Lords ankämpfen werde.

In großer Uniform, mit einem Federbusch auf dem Hut, erschien vor der Kommission der Marquis of Londonderry, dessen Adelskrone auf manchen Kohlenwagen in den Straßen Londons zu sehen ist. Warum nicht? Denn der Marquis ist nicht nur Besitzer von wertvollen Zechen in der Grafschaft Durhan, sondern auch Kohlenhändler und streicht doppelten Gewinn ein. Doch ist er im Vergleich zu andern Zechenbesitzern sehr bescheiden, sein Einkommen beträgt nur 15,334 Lstr. im Jahr. Seine Familie ist im Besitz der Kohlengruben erst seit etwa hundert Jahren. Im Gegensatz dazu geht der Besitz des Herzogs von Hamilton, der ein Jahreseinkommen von 96,428 Lstr. aus seinen Kohlengruben zieht, auf den König Robert the Bruce zurück, der im Jahre 1315 die in Schottland befindlichen Ländereien einem Ahnherrn des Herzogs schenkte. Im Verlauf der Untersuchung ergab sich, daß des Herzogs unmittelbarer Vorfahr die riesige Summe von 240,000 Lstr. jährlich (also in Schweizer Währung sechs Millionen Franken) in seine Taschen fließen ließ. Natürlich mußte der Marquis aus seinem Einkommen das Ahnenschloß Hamilton Palace mit seinen 80 bis 90 Zimmern und dem herrlichen Park instand halten und hat weder Zeit noch Lust, sich um die Arbeiterwohnungen draußen bei den Schachteingängen zu bekümmern, die gerade wie auf dem Besitz des Herzogs von Northumberland, sich in sehr baufälligem Zustand befinden. Natürlich; denn man fördert Kohle unmittelbar unter den Häusern, und wenn die einstürzen, um so schlimmer für die Bewohner.

Wie der Marquis of Bute und Lord Tredegar zu ihren wertvollen im Fürstentum Wales gelegenen Kohlengruben gekommen sind, wurde von der Kommission mit löblicher Ausführlichkeit und Gründlichkeit erzählt. Beide Edelleute stammen nämlich von demselben Ahnherrn ab, einem Sir William Herbert, der Ratgeber des Königs Eduard VI. war, des Sohnes des vielbeweinten Heinrich VIII. Eduard kam als zehnjähriger Knabe auf den Thron, regierte kaum sieben Jahre und ließ sich von dem Treuhänder seines verstorbenen Vaters bereden, ihm Ländereien in fünf Grafschaften zu überlassen, wo jetzt Kohle gefördert wird. Da Lloyd George als Schatzkanzler 1912 auf diese Verschenkung von Staatsländereien durch einen Knaben als skandalöses Vorkommnis hinwies, so kann man annehmen, daß er jetzt als Premier die Verstaatlichung dieser Kohlengruben in dem Fürstentum, aus dem er stammt, unterstützen wird. Wird die Steinkohle verstaatlicht, so muß auch die Eisenbahnlinie verstaatlicht werden, welche als „goldene Linie" bekannt ist. Sie führt nämlich durch den Park des Lord Tredegar, kostete 40,000 Lstr., ist eine Meile (anderthalb Kilometer) lang und wirft dem Lord Tredegar 10,0000 Lstr. ab.

Der fünfte dieser adeligen Zechenbesitzer, der Marquis of Bute, dem seine Kohlengruben 150,000 Lstr. jährlich abwerfen, gab im Kreuzverhör zu, daß er von seinem unmittelbaren Vorfahr vier Millionen Pfund Sterling (also etwa 100 Millionen Franken) geerbt habe. Ebenso konnte er nicht in Abrede stellen, daß dieser Vorfahr sich widerrechtlich in den Besitz von Grundstücken gesetzt habe, die zur Baronie von Bute gehörten. Wie willkürlich die Großgrundbesitzer mit ihrem Eigentum verfuhren, geht aus einer anderen Zeugenaussage hervor. Als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der große Staatsmann Gladstone sich um das Mandat in der Grafschaft Midlothian in Schottland bewarb, verkündete der damalige Herzog von Buccleuch, dessen Sohn Lord Dalkeith Gegenkandidat war, er werde seine sämtlichen Kohlengruben schließen, wenn Gladstone gewählt werde. Das geschah auch, da die meisten Kohlengräber liberal wählten. Hier täte Verstaatlichung not! „Berner Bund".

Reichsnotopfer und gemeiner Wert.

Von Dr. Ernst Oberfohren,
Mitglied der Nationalversammlung.

Bei der Beratung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs in dem von der Nationalversammlung eingesetzten Ausschuß für direkte Steuern wurde auf Anregung von deutschnationaler Seite ausdrücklich durch Erklärung der Reichsregierung festgelegt, daß, da die Berechnung des Vermögensstandes nach Maßgabe des Besitzsteuergesetzes erfolge, kein Zweifel darüber sein könne, daß bei landwirtschaftlichen Grundstücken der Ertragswert zugrunde gelegt werden könne. Insbesondere wurde die Berechtigung des Grundsatzes anerkannt, daß ein Vermögenszuwachs nur dann richtig errechnet werden könne, wenn man von gleichen Grundlagen bei der Feststellung des Anfangs- und Endvermögens ausgehe.

Demgegenüber findet sich noch im Entwurf des sogenannten Reichsnotopfers die ausdrückliche Bestimmung, daß als Grundlage der Besteuerung des Grundbesitzes der gemeine Wert, d. h. der Verkaufswert, wie er sich im Kriege gebildet hat, angesetzt werden soll. Wenn auch bei diesem Steuergesetz nicht auf das Besitzsteuergesetz zurückgegriffen werden kann, so müssen doch gegen die hier formulierten Absichten bezüglich der steuerlichen Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes die allerschwersten Bedenken erhoben werden.

Natürlich kann es keinem Zweifel unterliegen, daß unter den Gesetzentwürfen, deren Ziel es ist, den ungeheuren Finanzbedarf des Reiches zu befriedigen, diejenigen die erste Rolle spielen müssen, die Vermögen und Besitz heranziehen sollen. Diese selbstverständliche Tatsache darf aber nicht in einer Weise zur Geltung gebracht werden, die vernichtend auf das Wirtschaftsleben einwirkt. Die Voraussetzungen jeder vernünftigen Steuerpolitik gegenüber dem Besitz muß die sein, daß man dem Besitz und seinen Betrieben nicht die Arbeitsmöglichkeit und damit zugleich die Produktionsmöglichkeiten vernichtet. Das gerade aber würde geschehen, wenn man tatsächlich in der oben angedeuteten Weise nunmehr bei der Vermögensfeststellung den gemeinen Wert der Grundstücke zugrunde legen wollte. Würde diese Absicht wirklich durchgeführt, so würde das die Vernichtung des gesamten städtischen und ländlichen Grundbesitzes, einerlei, ob Klein- oder Großgrundbesitz, bedeuten. Denn es darf doch zur Grundlage der Werteinschätzung niemals ein Wert genommen werden, der nur auf vorübergehender Konjunktur aufgebaut ist, insbesondere da nicht, wo es sich, wie beim Grundbesitz, um ein festes Objekt handelt, an dem vorübergehende Preissteigerungen in Wirklichkeit nichts ändern können, wie das bei beweglicher Handelsware der Fall sein mag. Für allen Grundbesitz, ganz besonders aber für den landwirtschaftlichen, ist vielmehr nur ein solcher Wert als Wertmesser zu rechtfertigen, der sich auf dem Ertrage aufbaut. Jeder andere Wert hat einen spekulativen Charakter und ist daher völlig haltlos.

Diesen unleugbaren Tatsachen gegenüber hilft auch der Weg nicht, den gemeinen Wert der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke zwar zugrunde zu legen, aber nur zu drei Vierteln anzusetzen, wie es in dem genannten Gesetzentwurf vorgesehen ist. Es ist unmöglich, für Wegsteuerung bisher unerhört hoher Anteile des Kapitalvermögens eine andere Steuerbemessungsgrundlage zu wählen, als den bei der Unsicherheit der Zeiten mit sehr hohem Zinsfuß zu kapitalisierenden dauernd ordnungsmäßigen Ertrag.

Über die gewaltige Bedeutung der Steuerfrage, namentlich auch in ihrer Rückwirkung auf die Gesamtwirtschaft ist man sich offenbar in den weitesten Kreisen noch im unklaren. Um so mehr ist es notwendig, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, welche Gefahr hier unserem gesamten wirtschaftlichen Leben droht, wenn bei der Heranziehung der Landwirtschaft zu den Vermögenssteuern eine gewisse Grenze überschritten wird. Diese Grenze aber, deren Überschreitung den gänzlichen Ruin herbeiführen würde, ist ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit.

Sieg der Polen in Rußland.

Havas meldet: Die polnische Armee des Generals Szeptycki hat ihren Marsch von der Beresina nach dem Dnjepr auf der ganzen Breite der Front fortgesetzt. Die Bewegungen der rechten Armee-Abteilung, der die Festung Bobrinsk als Basis dient, finden in zwei Richtungen statt, nach Mogilew und Beresina abwärts. Im Zentrum haben die Polen einen entscheidenden Sieg davongetragen, der ihnen die große Straße nach Moskau öffnet. Die rote Armee floh in größter Verwirrung und ist, nachdem sie alles Material verloren hat, nicht mehr imstande, die Straße nach Moskau zu verteidigen. Das unmittelbare Ziel der Polen ist der Lauf des Dnjepr und die Besetzung der wichtigen Eisenbahnlinie, die sich am rechten Ufer des Flusses entlangzieht. Gelingt diese Bewegung, so muß sich die Rote Armee auf der ganzen Linie zurückziehen.

Laut einem Telegramm aus Helsingfors haben die englischen Flieger abermals einen Angriff auf Kronstadt unternommen. Die Flieger wurden heftig, aber ohne Erfolg von der Festung aus beschossen.

Die 5. Orenburgische Schützen-Division ist zu den Sowjet-Truppen übergegangen. — Die Petersburger Garnison ist bedeutend verstärkt worden.

Die „Times" meldet aus Omsk: Der Vormarsch wird allgemein fortgesetzt. Die Roten leisten Widerstand und raffen sich zu Gegenangriffen auf. Sie ziehen Reserven aus Samara heran und zwingen die Bauern zum Bau von Schützengräben.

Die Entente und Fiume.

Die Besprechungen über die Ereignisse in Fiume nahmen im obersten Rat einen sehr bewegten Verlauf. Alle Mitglieder, darunter auch Tittoni, hielten dafür, daß die Soldaten d'Annunzios gezwungen werden müßten, die Waffen niederzulegen. Errichtung einer Blockade sei nicht in Aussicht genommen.

Angesichts der Rückwirkung der Fiumer Ereignisse auf den Gang der parlamentarischen Arbeiten in Rom hat sich eine Reihe von Unterstaatssekretären mit Abgeordneten in Verbindung gesetzt, um bei der strengen Handhabung der Zensur im Lande nicht nachteilige Gerüchte aufkommen zu lassen.

Mit Ausnahme der nationalistischen Blätter sucht die Presse beruhigend zu wirken. Wie „Secolo" sagt, wollen die Kreise um Salandra und Sonnino die derzeitige Verlegenheit der Regierung ausnützen. „Corriere della Sera" hofft, daß Tittoni im Fünferrat den Standpunkt geltend machen werde, daß der Hauptgrund zu der Expedition nach Fiume in der Verschleppungstaktik der Friedenskonferenz und der Hartherzigkeit Wilsons zu suchen sei.

Die Gefahr durch Litauen.

Ultimatum Fochs an Deutschland.

Havas meldet:

Nach „Chicago Tribune" wurde Marschall Foch beauftragt, an Deutschland eine Note mit Ultimatumcharakter zu senden, durch die es aufgefordert werden soll, die nötigen Maßnahmen gegen die deutschen Truppen in Litauen zu treffen, für die es verantwortlich gemacht wird und die es unverzüglich zurückberufen muß.

Was geht im Baltikum vor?

Ein aus dem Baltikum Zurückgekehrter berichtet dem „Vorwärts", daß die dortige „Militärbewegung" trotz des von der Regierung beabsichtigten Abbaues rapide anwächst. Die Leute werden in Deutschland geworben und mit gefälschten Urlaubsscheinen nach Kurland gebracht. Hier seien selbst die kleinsten Ortschaften ungemein stark mit Truppen belegt. Offen werde erklärt, man kämpfe für das Kaiserreich gegen die Demokratie und wolle lieber sterben als ehrlos sein. Noske mit seinen Soldaten werde man bald niederkämpfen, da man genug Freunde bei den Noskeruppen habe. Das Kaiserreich werde dann wieder aufgerichtet und die Regierung der Sozialdemokraten mit all' ihren Juden versagt werden. Um nicht vorzeitig offen Farbe bekennen zu müssen, löse man einzelne Formationen zum Schein auf. In Wahrheit überführe man diese aber mit ihrem gesamten Bestand an Mannschaften und Material zur Koltschak-Armee.

Angelockt durch die glänzendsten Versprechungen und das zügellose Banditenleben, das die „Soldaten" im Baltikum führen können, habe sich unter dem militärischen Deckmantel dort neben anständigen und ehrlichen Soldaten eine internationale Verbrecherbande zusammengefunden. Die Folge sei, daß Raub und Plünderung an der Tagesordnung sei. Die schwer geprüfte Bevölkerung müsse alle Gewalttaten ruhig und widerstandslos über sich ergehen lassen, da sie den bewaffneten Haufen vollständig ausgeliefert sei.

Diese schweren Anklagen und das Ententeultimatum werden jetzt wohl zu einer Lösung des baltischen Rätsels führen. In ihrer letzten Note über die baltische Frage an die Entente hatte die deutsche Regierung erklärt, daß sie keine Machtmittel habe, um den Truppen im Baltikum ihren Willen aufzuzwingen.

Im Wiederaufbaugebiet.

Eindrücke aus den Gesprächen mit Gefangenen.

Major Draudt, der die deutschen Kriegsgefangenen im Auftrage der Regierung besuchte und schon berichtete, daß für ihre Ernährung und Bekleidung jetzt überall gut gesorgt wird, antwortete auf die Frage: Unter welchen Bedingungen arbeiten unsere Kriegsgefangenen in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs?

Klagen über zu starke Inanspruchnahme unserer Kriegsgefangenen sind mir nicht zu Ohren gekommen. Ich habe auf meiner Fahrt wiederholt beobachten können, daß unsere Kriegsgefangenen mit Bauern einträchtig zusammen auf dem Felde arbeiten, und konnte auch feststellen, daß sie zum Teil ohne direkte Bewachung bei den Bauern einquartiert sind. Die eigentlichen Aufräumungsarbeiten finden unter Aufsicht französischer Wachmannschaften statt, über deren Verhalten ich keine Klagen gehört habe. Auch in den einfachen Lagern der ehemaligen Kampfzone fand ich, wenn auch mit primitiven Mitteln, kleine Theater, auf denen die Kriegsgefangenen sich durch selbst zurechtgemachte Stücke Erholung und Anregung verschaffen. Wie oft hat man in der deutschen Presse gelesen, wie unrecht es sei, unsere Gefangenen zu den Wiederaufbauarbeiten in den nördlichen Departements von Frankreich heranzuziehen. Ich möchte im Gegensatz zu manchen Auffassungen in der Heimat meine Ansicht dahin aussprechen, daß man gerade in der Arbeit unserer Gefangenen in der ehemaligen Kampfzone ein gewisses völkerversöhnendes Moment sehen kann. Und als ich diesen Gedanken vor unseren Kriegsgefangenen ausgesprochen habe, habe ich mich ordentlich gefreut, daß er von den Kriegsgefangenen aufgenommen wurde. Ich glaube, daß die Welt, wenn erst die Kriegsatmosphäre überwunden ist, sich zu gemeinsamer Wiederaufbauarbeit zusammenfinden muß. Ich bat die Kriegsgefangenen, sich dessen bewußt zu sein, daß jeder einzelne in dieser letzten Zeit bis zum Abtransport nütze, wenn er sich als Träger des Deutschtums fühle und aus diesem Bewußtsein seiner Pflichten dem Vaterland gegenüber persönliche Interessen zurückstelle.

•

Der Rücktransport dauert längere Zeit.

Major Draudt macht darauf aufmerksam, daß bei den herrschenden Verkehrsschwierigkeiten und dem allgemeiner Kohlenmangel bis zum Rücktransport der letzten der 800 000 Kriegsgefangenen eine nicht unerhebliche Zeit notwendigerweise verstreichen müsse. England hat bekanntlich mit dem Abtransport seiner Gefangenen bereits begonnen. Belgien verhandelt jetzt auch mit den deutschen Vertretern über den schleunigen Abtransport. Frankreich hat uns den Beginn des Abtransportes versprochen für den Tag nach der Ratifizierung durch das französische Parlament, die wohl Ende des Monats zu erwarten ist. Diese Mitteilung ist wohl für die Kriegsgefangenen die beruhigendste von allen gewesen.

Auch die belgischen Gefangenen kommen.

Die belgische Regierung hat ihr Einverständnis erklärt, mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Belgien zu beginnen. Zur Durchführung des beschleunigten Abtransportes finden unmittelbare Verhandlungen in Köln statt. Wo bleiben die aus Frankreich?

Die Feindesarbeit links des Rheines.

Die Entwurzelung des Deutschtums.

Planmäßig arbeiten die Feinde, insbesondere die Franzosen, daran, um in den 15 Jahren Frist, die ihnen der Friedensvertrag gegeben hat, das besetzte Gebiet links des Rheins dem Deutschtum zu entfremden. Zunächst unterdrücken sie alle energischen Regungen des Deutschtums. Sollte ihnen dies gelingen, dann werden sie daran gehen, die Bevölkerung durch politische und wirtschaftliche Zugeständnisse für sich zu gewinnen. Unsere Aufgabe ist es, unsere deutschen Landsleute in ihrem Abwehrkampf dadurch zu unterstützen, daß wir die Welt auf die feindlichen Gewalttaten aufmerksam machen und das Gewissen der Welt wecken, damit von den freien Völkern dem unterdrückten Lande die Hilfe wird, die das deutsche Reich in seiner gegenwärtigen Ohnmacht ihm nicht gewähren kann. Heute wird berichtet:

Eine unerhörte Fälschung.

Die französischen Besatzungsbehörden haben im besetzten Rheinland an verschiedenen Orten, so in Aachen, die deutschen Zeitungen gezwungen, auf der ersten Seite und unter fettgedruckten Ueberschriften Mitteilungen aus einer Denkschrift wiederzugeben, die ein deutscher Referendar und Staatsanwalt namens Graust an den zuständigen Minister gerichtet haben sollte und worin er Beschwerde führte über unerhörte Grausamkeiten, die von deutscher Seite im Besetzungsgebiete während des Krieges verübt sein sollten.

Eingehendste Untersuchungen haben ergeben, daß kein deutscher Referendar bezw. Staatsanwalt dieses Namens existiert hat. Der Fall ist typisch für die Art, wie die Franzosen die Deutschen im besetzten Gebiet bearbeiten, um sie gegen ihr Vaterland einzunehmen und sie Frankreich zuzuführen. Es muß gegen diese Praxis auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt werden.

Die Unterdrückung der deutschen Zeitungen.

Die mehrheitssozialistische „Frankfurter Volksstimme" wurde am Sonntag in dem von den Franzosen besetzten Gebiete beschlagnahmt, weil sie anläßlich der Wahl Hendersons ins englische Unterhaus mitgeteilt hatte, daß bei der Wahl 1918 der Koalitionskandidat Walker den Arbeiterkandidaten mit einer Mehrheit von 3694 Stimmen geschlagen hätte. Das sei „aufreizend". Um der Beschlagnahme zu entgehen, hatte das Blatt in den für das besetzte Gebiet bestimmten Exemplaren der Zeitung durch Selbstzensur alle Betrachtungen fortgelassen, die es an die Wahl Hendersons knüpfte. Trotzdem ist es beschlagnahmt worden.

Redeverbot für einen Abgeordneten.

Die am Sonntag für Kirchheimbolanden in der Pfalz geplante öffentliche Kundgebung gegen die Loslösungsbestrebungen, in der auch der sozialdemokratische Abgeordnete Profit sprechen sollte, wurde in letzter Stunde untersagt. Im Anschluß hieran veröffentlicht die „Pfälzische Post" eine Mitteilung der Kreisregierung an die Bezirksämter, nach der es durch Befehl der Heeresgruppe Fayolle dem Abgeordneten Profit verboten ist, unter welchem Vorwand auch immer eine Versammlung zu organisieren oder in einer Versammlung das Wort zu ergreifen.

Bestrafung einer Stadt.

Die Militärverwaltung der Stadt Zweibrücken hat dieser eine Strafe von 20 000 Mark auferlegt, weil sich die Person, die die Kranzniederlegung am Bismarckdenkmal am 1. September veranlaßt hatte, nicht freiwillig gemeldet hat.

Los von Preußen!

Trimborn über die Loslösungsbestrebungen.

Auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums sprach Geheimrat Trimborn über die allgemeine politische Lage. Trimborn ist bekanntlich — sogar im Gegensatz zu der Mehrheit der Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung — stets für eine möglichst weitgehende Selbständigkeit der Rheinlande gegenüber Preußen eingetreten und war mit an erster Stelle bei den Loslösungsbestrebungen der Rheinlande von Preußen tätig. In diesem Sinn hielt sich auch seine Rede. Er führte u. a. aus:

Das Zentrum war streng föderalistisch. Auch hier hat es dem Wandel der Zeiten Rechnung getragen. Es hat die Verstärkung der Reichsgewalt unterstützt. Der Einheitsgedanke hat auch in unseren Reihen große Fortschritte gemacht. Das war nach dem Wegfall der Dynastien durchaus richtig. Das Zentrum will den Einheitsstaat, aber nicht den zentralistischen, sondern den dezentralisierten. Es gibt seine föderalistischen Grundgedanken nicht auf, es paßt sich lediglich den veränderten Zeitverhältnissen an. Es bleibt der Gedanke bestehen, daß im Gegensatz zu dem zentralisierten Einheitsstaat, wie ihn Frankreich darstellt, die Glieder des einheitlichen Gesamtorganismus sich der mit den Lebensinteressen des Ganzen verträglichen Selbständigkeit erfreuen sollen, damit sie ihre kulturelle und wirtschaftliche Eigenart pflegen können. Diese Selbständigkeit kann nicht mehr die alte föderalistische sein, weil das Reich keinen Bund der Fürsten und ihrer Staaten, keine Föderation mehr ist. Wir haben keine Bundesstaaten mehr. Die Glieder sollen aber auch nicht zu Provinzen degradiert werden. Sie sollen sich einer größeren Autonomie erfreuen, als sie gemeiniglich mit

---

Die Verfassung des Deutschen Reichs.

Vom 11. August 1919.

Fortsetzung.

Artikel 158.

Die geistige Arbeit, das Recht der Urheber, der Erfinder und der Künstler genießt den Schutz und die Fürsorge des Reichs.

Den Schöpfungen deutscher Wissenschaft, Kunst und Technik ist durch zwischenstaatliche Vereinbarung auch im Ausland Geltung und Schutz zu verschaffen.

Artikel 159.

Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

Artikel 160.

Wer in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis als Angestellter oder Arbeiter steht, hat das Recht auf die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und, soweit dadurch der Betrieb nicht erheblich geschädigt wird, zur Ausübung ihm übertragener öffentlicher Ehrenämter nötige freie Zeit. Wieweit ihm der Anspruch auf Vergütung erhalten bleibt, bestimmt das Gesetz.

Artikel 161.

Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.

Artikel 162.

Das Reich tritt für eine zwischenstaatliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter ein, die für die gesamte arbeitende Klasse der Menschheit ein allgemeines Mindestmaß der sozialen Rechte erstrebt.

Artikel 163.

Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.

Artikel 164.

Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen.

Artikel 165.

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu inem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalen, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs.

Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Artikel 166.

Bis zur Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts tritt an seine Stelle für die Bildung des Wahlprüfungsgerichts das Reichsgericht.

Artikel 167.

Die Bestimmungen des Artikel 18 Abs. 3 bis 6 treten erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft.

Artikel 168.

Bis zum Erlaß des im Artikel 63 vorgesehenen Landesgesetzes, aber höchstens auf die Dauer eines Jahres, können die sämtlichen preußischen Stimmen im Reichsrat von Mitgliedern der Regierung abgegeben werden.

Artikel 169.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmung im Artikel 83 Abs. 1 wird durch die Reichsregierung festgesetzt.

Für eine angemessene Übergangszeit kann die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern den Ländern auf ihren Wunsch belassen werden.

(Schluß folgt.)

dem Begriff Provinz verbunden wird. Sie sollen nicht souveräne — aber autonome Selbstverwaltungskörper, wenn sie wollen — werden, so autonom wie es mit einer starken Reichsgewalt verträglich ist. Um für diese Entwickelung die Bahn frei zu machen, ist der Artikel 18 der Verfassung geschaffen worden. Der Artikel 18 verurteilt alle Bestrebungen, Teile des Reiches von diesem ablösen zu wollen. Innerhalb des Reiches ist eine Gebietsänderung oder Neubildung von Ländern nur auf dem im Artikel 18 geöffneten Wege zugelassen. Bis zur Schaffung des Artikels 18 waren dahingehende Bestrebungen unter Umständen Landesverrat. Der Artikel 18 hat für sie einen legalen Boden geschaffen. Artikel 18 erklärt die Gebietsänderung und Neugliederung zur Reichssache. Ein überwiegendes Reichsinteresse muß vorliegen. Ein Reichsgesetz ist erforderlich. Es ist keine intern preußische Angelegenheit, das Reich hat schließlich zu entscheiden, ob die in Preußen beabsichtigte Provinzialautonomie den Bedürfnissen nach Neugliederung des Reiches genügt oder nicht. Ziel ist, eine Gliederung des Reiches herbeizuführen, die der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes entspricht, die im Interesse des Ganzen die wirtschaftliche und kulturelle Eigenart zur vollen Entfaltung kommen läßt, die eine sonstige Dezentralisation und Selbstverwaltung ermöglicht. Diesem Ideal entspricht die heutige Gliederung nicht, insbesondere nicht der stammesmäßigen Eigenart. Preußen muß im Reich aufgehen. Es gibt Aufgaben, die nur ein großer Staat erfüllen kann. Nicht Haß gegen Preußen ist unser Motiv. Das alte Preußen hatte eine große Mission! Die ist heute erfüllt.

Die oberschlesische Frage.

Der 16. Ausschuß der preußischen Landesversammlung (betreffend Selbständigkeit der Provinzialverbände) hat seine Beratungen mit dem vom Zentrum beantragten Gesetzentwurf, betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien, begonnen. Der Berichterstatter, Abg. Beyer-Oberschlesien (Ztr.) führte aus, daß in Oberschlesien nicht allein die dort wohnenden Polen, sondern vornehmlich die Katholiken als solche stets von der alten Regierung sehr schlecht behandelt seien. Bei 90 Prozent Katholiken unter der oberschlesischen Bevölkerung habe man unter den Beamten dort nur 10 Prozent Katholiken, die zum Teil noch aus anderen Provinzen herangeholt seien. Wenn man da den Wünschen der Polen und Katholiken nicht sofort nachkomme, könnte die Abstimmung in Oberschlesien sehr zu ungunsten Preußen-Deutschlands ausfallen.

Der Minister des Innern gab zu, daß das alte Regiment in Preußen während des Kulturkampfes große Ungeschicklichkeiten begangen habe. Das liege aber in der Vergangenheit. Die neue Regierung habe der katholischen Bevölkerung in Oberschlesien Entgegenkommen gezeigt. Man habe einer selbständigen Provinz Oberschlesien im Prinzip zugebilligt, jetzt habe man weiter einen selbständigen Staat für Oberschlesien im Rahmen des Deutschen Reiches verlangt. Ein selbständiger Pufferstaat Oberschlesien sei unannehmbar, denn darin liege die Gefahr des Ueberganges an Polen. Schon die Errichtung einer Provinz Oberschlesien erfordere äußerst schwierige Auseinandersetzungen mit der ganzen Provinz. Das lasse sich in 6 Wochen vor der Abstimmung gar nicht alles machen. In erster Linie müßten jetzt die kommunalen Wahlen in Oberschlesien durchgeführt werden, da die Arbeiter ernstlich dahin drängten, weil sie in den kommunalen Verwaltungen nicht ausreichend Vertreter haben. Dem Drängen müsse man folgen, um die Radikalisierung der Arbeitermassen zu verhindern.

In der Debatte entschieden sich die Deutschnationalen und Demokraten für die selbständige Provinz Oberschlesien, die Sozialdemokraten verhielten sich abwartend und enthielten sich der Abstimmung. Der Ausschuß nahm dann mit 12 gegen 11 Stimmen den Zentrumsantrag an. Die Hauptbestimmungen sind: Aus der Provinz Schlesien werden die beiden Provinzen Oberschlesien, bestehend aus den Kreisen des Regierungsbezirks Oppeln, und Unterschlesien, bestehend aus den Kreisen der Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz, gebildet. Die Teilung der Provinz Schlesien tritt mit dem 1. April 1920 in Vollzug.

Der Regierungsvorschlag für die Autonomie Oberschlesiens wurde abgelehnt.

Deutsches Reich.

— Nachdem der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Dienstag über die Antwort auf die französische Note beraten hatte, beschäftigte sich auch das Kabinett mit dieser Angelegenheit. Die Note war am Mittwoch mittag noch nicht fertig gestellt.

— Zu der Meldung, Frankreich wolle Deutschland die abgelieferten schweren Schnellzugslokomotiven zurückgeben, weil es sie nicht verwenden könne, sei festgestellt, daß an den maßgebenden Stellen nichts darüber bekannt ist.

— Die Vereidigung der Angehörigen der Wehrmacht ist vom Reichswehrminister angeordnet worden.

— Der preußische Unterrichtsminister hat auf die Anträge verschiedener Provinzialschulkollegien für sämtliche Schulen Preußens dahin entschieden, daß keine Verlegung der Herbstferien stattfindet.

— Der Mitbegründer und Mitvorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim auf Kl.-Spiegel, der Vorsitzende der Pommerschen Landwirtschaftskammer, vollendet am 17. September sein 70. Lebensjahr.

•

:: **Neue Falschmeldung über Erzberger.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Ein Berliner Blatt gibt in seiner Morgenausgabe vom Dienstag unter der Ueberschrift „Erzberger amtsmüde" eine Meldung des „Freien Wort" (Bochum) wieder, nach welcher das Kabinett darüber einig sei, daß der Rücktritt Erzbergers nach einer ihm eingeräumten kurzen Anstandsfrist zu erfolgen habe. Demgegenüber sei festgestellt, daß das Kabinett sich weder mit der Frage eines Rücktrittes des Reichsfinanzministers Erzberger befaßt hat, noch irgendwelche Veranlassung hat, sich mit dieser Frage zu befassen. Die Meldung ist glatt erfunden.

:: **Der deutsch-französische Durchgangsverkehr.** Eine deutsche Delegation wohnte in Versailles einer Sitzung der Eisenbahnkommission der Friedenskonferenz bei, die sich mit der Regelung und Wiederaufnahme der internationalen Eisenbahnverbindungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland befaßte.

:: **Waffenlieferungen an die Tschechen.** Die seinerzeit aus München gemeldeten Waffenlieferungen an die Tschechen sind eingestellt worden, da sie ohne Zustimmung der zuständigen Reichsstellen (Reichsverwertungsamt und Reichswehrministerium) begonnen waren. Gegenwärtig schwebt über die ganze Angelegenheit eine Ermittelung, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die mit den Tschechen begonnenen Verhandlungen werden fortgesetzt.

:: **Neue Verhandlungen mit den Polen.** Die von den Polen während der oberschlesischen Putsche abgebrochenen Verhandlungen werden in absehbarer Zeit wieder aufgenommen werden. Es handelt sich um eine friedliche Verständigung über Fragen, die für beide Seiten gleich wichtig sind, wie Warenlieferungen, Behandlung des Eigentums der Deutschen in den abzutretenden Bezirken und kulturelle Fragen.

:: **Wieder Ordnung in Birkenfeld.** Seit Sonnabend ist in Birkenfeld die sogenannte Regierung „Zöller" durch die alte Regierung wieder ersetzt worden, an deren Spitze Hartong steht und die von dem Willen des ganzen Ländchens getragen wird. Die Regierung Hartong hat die ausgewiesenen Beamten sofort zurückgerufen. Der Umschwung in Birkenfeld ist auf eine Unterredung von zwölf Vertretern der Birkenfelder Bevölkerung mit General Mangin zurückzuführen. Der französische Oberkommandierende hat sich offenbar überzeugt, daß die anständige Bevölkerung so gut wie geschlossen hinter der alten Regierung stehe und Zöller und Genossen nur Verachtung entgegenbringe.

:: **Klage der Schweiz.** Seitens der Schweiz wurde in Berlin Klage geführt über die unzureichenden deutschen Kohlenlieferungen. Richtig ist, daß Deutschland infolge der zu geringen Kohlenförderungen seinen Verpflichtungen aus dem Vertrage mit der Schweiz vom Jahre 1908 nicht vollkommen nachkommen kann. Unrichtig ist, daß die Schweiz bereits die Lieferung der vertraglich übernommenen Waren eingestellt habe.

△ **Die Protestsperre der Lebensmittelhändler.** Am Mittwoch hat in Berlin der Protest der Inhaber von Lebensmittelgeschäften aller Arten gegen die drohende Kommunalisierung oder Sozialisierung stattgefunden. Etwa 75 000 Geschäfte, Bäckereien, Schlächtereien, Kolonialwarenhandlungen, Obst- und Gemüsegeschäfte schlossen die Türen. In allen Geschäften hingen Plakate, in denen dem Publikum die Gründe des sechsstündigen Proteststreiks auseinandergesetzt und auf die Gefahren hingewiesen wurde, welche den Verbrauchern aus einer Kommunalisierung erwachsen würden. Der Proteststreik wurde von den Verbrauchern sehr ruhig hingenommen und es ist bemerkenswert, daß die Sympathien der Hausfrauen durchaus auf Seiten der Lebensmittelhändler standen.

+ **Streikdrohung der Berliner Metallarbeiter.** Die Berliner Metallarbeiter haben acht der größten stark beschäftigten Firmen der Metallindustrie ein Ultimatum auf Bewilligung ihrer Forderungen gestellt; bei Nichtbewilligung wird mit dem Streik gedroht. Die Forderungen besagen, daß die Arbeiter zwar mit dem Höchstlohn von 3,20 Mark pro Stunde einverstanden sind, für die Transportarbeiter aber 2,85 Mark pro Stunde verlangt wird, während der Schiedsspruch für diese einen Stundenlohn von 2,25 Mark festgesetzt hatte. Reichsarbeitsminister Schlicker warnte in einem Schreiben an die Arbeiter vergeblich vor Gewaltmitteln, da zu solchen kein Grund vorliege und ein Ausgleich sehr wohl möglich sei.

+ **Streik in Höchst.** Bei den Höchster Farbwerken, die im besetzten Gebiet liegen, ist die Arbeiterschaft in den Ausstand getreten. Andere dortige Betriebe haben sich angeschlossen. Anlaß zu dem Streik gab die Berufung des Kreisschulinspektors Hindrichs in das Landratsamt.

+ **Zusammenschluß der Oesterreicher in Deutschland.** Am 13. und 14. September fand in Weimar die Tagung der Vereine und Verbände der Deutsch-Oesterreicher im Deutschen Reiche statt. Die von Vertretern aus München, Berlin, Dresden, Hamburg, Essen, Breslau und Elberfeld beschickte Tagung schloß mit einer völligen Einigung, insbesondere bezüglich der Gründung des Reichsverbandes.

Rundschau im Auslande.

‡ Die Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages durch Serbien ist nunmehr nach der Neubildung des Kabinetts gesichert.

‡ Der Friedensausschuß der italienischen Kammer hat mit der Beratung des Friedensvertrages von St. Germain begonnen. Ueber den Zeitpunkt der Ratifikation des Vertrages verlautet noch nichts Bestimmtes.

‡ Die Frage, ob Deutschland zur internationalen Konferenz für Arbeiterrecht in Washington zugelassen werden soll, ist noch nicht endgültig entschieden.

‡ Der englischen Regierung sind Beweise für die Existenz einer Verschwörung in die Hände gefallen, die von Anarchisten und Arbeitern angezettelt war und den Zweck verfolgte, revolutionäre Streiks zu organisieren und mit Gewalt die Macht an sich zu reißen.

‡ Der englische Bergarbeiterbund wird mit Hilfe der Arbeiterpartei im ganzen Lande einen Werbefeldzug zugunsten der Nationalisierung der Kohlenbergwerke beginnen.

‡ Japan hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, einen endgültigen Zeitpunkt für die Rückgabe Kiautschous an China festzusetzen.

•

Belgien: Ein Attentat gegen die Flamen.

‡ Am Sonnabend drang eine Gruppe Soldaten und Offiziere mit Brandbomben und Explosivstoffen in die Universität von Gent ein mit der Absicht, das Gebäude in die Luft fliegen zu lassen. Es entstanden an mehreren Stellen Brände, die bald gelöscht wurden.

Frankreich: Das Ende der Friedenskonferenz.

‡ Der Oberste Rat hält dafür, daß seine Hauptaufgabe jetzt erfüllt ist. In der Sitzung vom Mittwoch wurde der bulgarische Vertrag endgültig erledigt und die Ungarn aufzuerlegenden Bedingungen festgelegt. Es ist indessen keine Rede davon, diese den Ungarn zu übermitteln, bevor in Budapest eine dem Volkswillen entsprechende Regierung gebildet ist. — England wird bei den nächsten Beratungen durch die Bevollmächtigten Minister Reyre und Crowe vertreten werden, die indessen nicht so ausgedehnte Vollmachten haben wie die Delegierten auf der Konferenz.

Frankreich: Gewerkschaftskongreß.

‡ In Lyon trat der französische Gewerkschaftskongreß zusammen. Er übertrifft alle seine Vorgänger an Bedeutung. Er muß Richtlinien geben für die neue Tätigkeit der Arbeiterbewegung und die ernste Frage der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung sowie auch Richtlinien für die Absichten der Gewerkschaften. Generalsekretär Jouhaux erklärte: Der Gewerkschaftskongreß muß klar zum Ausdruck bringen, ob die gewerkschaftliche Theorie sich mit den jetzt herrschenden sozialen Theorien deckt. Tomasi streifte die Ereignisse vom 21. Juli, als der gegen den Friedensvertrag beschlossene Proteststreik in letzter Stunde abgesagt wurde und sagte, der Mißerfolg sei hervorgerufen worden durch einige Mitglieder des Bureaus, die vor Clemenceau gezittert hätten. Er macht Jouhaux und das Bureau direkt dafür verantwortlich. Seine Ueberzeugung sei, daß die Mehrheit der Geschäftsführung den Streik trotz allem gewollt habe. Bouet, Sekretär der Lehrer-Gewerkschaft, sagt, man habe viel Wasser in den Wein gegossen. Am 21. Juli hätten die Führer der Bewegung Gelegenheit gehabt, zu zeigen, was sie wollen, sie seien schwach gewesen, und die Folge davon sei, daß die Organisation in Unordnung geraten sei. Er tritt für die revolutionäre Bewegung ein. Man müsse vorgehen, wie in Rußland und Ungarn, und zwar bald, sonst sei es zu spät.

Vereinigte Staaten: Die Friedensvertragsdebatte im Senat.

Am Dienstag begann im Senat die Debatte über den Friedensvertrag. Jeder Senator hat ein gedrucktes Ersuchen erhalten, den Friedensvertrag ohne Verzögerung und unverändert anzunehmen. Dieses Ersuchen ist von 250 Männern und Frauen von Ruf unterschrieben, darunter Expräsident Taft, der frühere Generalanwalt Wickersham, Gompers, Schiff, Oskar Strauß usw. — Nach einem Bericht des amerikanischen Korrespondenten der „Times" ist es Wilson in Seattle endlich gelungen, den Extremisten im Senat, die den Friedensvertrag und den Völkerbund ablehnen wollen, eine Niederlage zuzufügen. Er habe die Opposition gezwungen, den Gedanken an einschneidende Aenderungen fallen zu lassen und sich mit Vorbehalten, durch die der Vertrag nicht verändert werde, zu begnügen. Dies sei ihm dadurch gelungen, daß er erklärte: Ich habe von jetzt an meine Aufmerksamkeit darauf gerichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Vereinigten Staaten nicht von einer Minderheit beherrscht werden. — Der amerikanische Lebensmitteldiktator Hoover erklärte bei seiner Ankunft in Newyork, Amerika müsse wenigstens 50 Prozent der Nahrungsmittel nach Europa schicken, die Europa für seine Ernährung notwendig habe. Das könne aber nicht geschehen, bevor das Land sich nicht im Friedenszustand befinde, und es sei unmöglich, diese Lieferungen ohne den Völkerbund auszuführen. — Es wird erwartet, daß die endgültige Abstimmung im Senat nicht vor den 15. Oktober stattfinden wird.

Australien: Die Uebernahme der Südseeinseln.

‡ Bei der Einbringung der Ratifikationsvorlage im australischen Parlament hat Hughes die Bedingungen mitgeteilt, unter denen Australien ein Verwaltungsmandat für die Südseeinseln gegeben wurde. Sie sind dieselben, wie die für Südwestafrika.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 19. September 1919.

— **„Die Innere Mission und die Öffentlichkeit"** ist der Gegenstand des Vortrags von Prälat D. Schöll aus Stuttgart am Schlußtag des Kongresses für Innere Mission. Daß die Innere Mission in diesen Tagen öfters der Öffentlichkeit durch die Presse empfohlen und daß sie in Gestalt des nahenden Kongresses der Öffentlichkeit sozusagen in Natura vorgeführt werden wird, kann uns den Sinn des Themas von Prälat Schöll deuten. Es besagt einfach, daß „Innere Mission" und „Öffentlichkeit" zusammengehören. Das wird deutlich, wenn wir uns vorstellen, was Innere Mission ist, nämlich diejenige Tätigkeit der christlichen Gesellschaft, durch welche das Volk und das Volksleben überall, wo es not tut, mit dem Evangelium von Jesus Christus erfüllt wird. Dabei gilt die Überzeugung, daß das Evangelium, so deutlich es die Spuren längst verlebter Zeiten an sich trägt, dennoch in seinm Geistesgehalt ewig neu und auch dem Menschen der Gegenwart, auch unserm zusammenbrechenden Volk, an seinen innersten Interessen dient. So wird alles, was an lebendigen Kräften in der Christenheit vorhanden, was nicht Schnecke im eignen Häuschen, sondern „Glied an Glied" sein will, gesammelt, und die erfinderische Liebe geht ans Werk. Sie sucht die Verwahrlosten, baut Herbergen zur Heimat neben die Spelunken, schützt die Jugend vor dem Strom der Verführung, schreibt in Flugblättern Millionengrüße von der „Liebe aus der Ewigkeit" ins Volk hinein, stellt in Weltausstellungen Kreuz und Bibel aus als die Werte von immer gleicher Valuta, gebietet dem Laster auf der Straße Halt im Namen des lebendigen Gottes, tut den Kleinen und Kleinsten wohl, nimmt sich der Armut an, und das alles mit dem einen beherrschenden Gedanken, das Volk zu evangelisieren bis in die Tiefen seiner Seele hinein! Wahrlich ein Arbeitsprogramm, das Einfalt und Majestät verbindet, erfüllt von einem wahrhaft herzgewinnenden Zug der Liebe! Und nun die Öffentlichkeit? Sie muß mit, wenn sie volksfreundlich ist, wenn sie Urteil und Gewissen hat. Die Presse zuerst. Sie ist doch geübt, volksverderblichen Mächten ihre Spalten zu verschließen, aber volkserhaltenden zu öffnen. Wie wird sie nicht die Innere Mission als Kampfgenossin, die oft ihrer Zeit weit voraus geeilt ist, — z. B. der Jugend, um die heute allerlei Leute werben wie der Bräutigam um die Braut, hat die Innere Mission schon vor 60 Jahren ihre Fürsorge zugewandt — wärmstens zu begrüßen! Und die Regierungen, die Parlamente, Behörden ,die Verantwortlichen alle! Sie dürfen kein kurzes Gedächtnis haben für die Wohltaten der Inneren Mission, die in werktätigen Vereinen und blühenden Anstalten an Krüppeln, an Geisteskranken, an Erziehungsbedürftigen geübt werden und deren Geldwert alljährlich auf 100 Millionen Mark geschätzt wird! Sie werden durch mancherlei Schein hindurch ins Wesen der Dinge und der Menschen dringen und erkennen, daß Hülfe, Trost, Aufrichtung, Einordnung ins Volksganze, Rehabilitierung im tiefsten Grunde die Innere Mission unzähligen Schwachen gibt und damit Volks- und Menschheitsarbeit leistet. Und die Öffentlichkeit des Volkes im Ganzen, die öffentliche Meinung? Es ist nicht zu leugnen, daß die Innere Mission zum Teil das Opfer einer gewissen Verdunkelung geworden ist, man hat sie nicht erkannt und nicht erkennen wollen in ihrem Wort und ihren Leistungen. Das muß anders werden um der

Wahrheit willen und um der Aufgaben willen, die wir an unserm Volk haben. Und wir hoffen, daß der Schöll'sche Vortrag in unserer Stadt dafür eine Bresche schlagen wird.

W.

□ **Heepen**, 13. Sept. Im Amtshause fand eine Besprechung über die Veranstaltung von Volksbildungsvorträgen statt. Es sollen zunächst 6 laufende Vorträge über Staatsbürgerkunde gehalten werden. Die Vorträge sollen beginnen, sobald der erforderliche Raum in der Fortbildungsschule fertiggestellt sein wird. Inzwischen werden in unserm Kreise sozial-politische Fragen erörtert werden. Die weitere Vorbereitung der Einrichtung liegt in den Händen eines Ausschusses, in den zunächst die Herren Schürmann, Thalenhorst, Mügge, Kahl, Schlingmann gewählt wurden.

Verschiedenes.

** **Gute Kunde von den Gefangenen.** Der von der Entente zum Besuch der in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenenlager zugelassene deutsche Major Drau, hat in den letzten Tagen auch verschiedene Lager besucht, die mit von den Franzosen gefangenen Deutschen belegt sind. Major Drau konnte dabei die erfreuliche Tatsache feststellen, daß auch die Lage unserer in französischer Hand befindlichen Brüder jetzt eine erfreulich gute ist. In allen Lagern, auch solchen, die sich in dem Gebiet befanden, das durch die deutsche Offensive des Frühjahres stark mitgenommen wurde, befanden sich die Gefangenen in körperlich gutem Zustand, waren gut genährt und klagten auch nicht über zu harte Arbeitsbedingungen. Der allgemeine Eindruck, den Major Drau empfing, war der, daß anscheinend auch die Franzosen unsere Gefangenen jetzt menschlich behandeln. Der Abtransport der in englischer Hand befindlichen Gefangenen geht glatt vonstatten, da sich die Engländer auf das deutsche Ersuchen in entgegenkommender Weise zur Stellung der erforderlichen Lokomotiven bereit erklärt haben.

** **Die künftigen Einschränkungen bei den Schnellzügen.** Die künftigen Einschränkungen im Schnellzugverkehr sind soeben nachträglich im erweiterten Maße im Winterfahrplan vorgesehen worden. Der Fahrplan einer Reihe von Zügen hat den Vermerk erhalten, daß sie nur bis auf weiteres verkehren. Mit dieser Kennzeichnung neu aufgenommen sind auch zwei D-Züge zwischen Berlin und Düsseldorf, vom Potsdamer Bahnhof in Berlin 12,35 Uhr nachmittags und von Düsseldorf 7,34 vormittags. Ferner bis auf weiteres verkehrend bezeichnet werden nachträglich die D-Züge vom Potsdamer Bahnhof 3,33 Uhr nachmittags nach Essen und 9,51 nachmittags nach Köln, sowie der von Friedrichstraße 8,54 nachmittags nach Köln. In umgekehrter Richtung sind dies die D-Züge von Dortmund 6,11 Uhr vormittags und von Köln 9,52 nachmittags nach Berlin. Bis auf weiteres verkehren ebenfalls zwei D-Züge zwischen Hannover und Leipzig über Halle, ab Hannover 2,06 Uhr nachmittags, ab Leipzig 10,28 Uhr vormittags. Ob sie wie früher nach und von Dresden durchgeführt werden, steht noch nicht fest.

** **Nachts und Sonntags kein Autoverkehr.** Die steigende Not an Benzin und der verwandten Betriebsstoffe und die drohende Gefahr, daß wir etwa im Dezember vor einer völligen Erschöpfung dieser Mittel stehen, wird radikale Maßnahmen der Regierung veranlassen. Unter anderem schweben Erwägungen darüber, den gesamten Autoverkehr im ganzen Reiche in der Zeit zwischen 12 Uhr und 6 Uhr morgens sowie während des ganzen Sonntags zu verbieten. Für Aerzte und ähnliche Kategorien werden voraussichtlich die notwendigen Ausnahmen zugelassen werden.

** **Ein frecher Butterdiebstahl.** wird von dem Berliner Güterbahnhof Rummelsburg gemeldet. Hier stand unter Bewachung ein Waggon mit 200 Zentnern Butter im Wert von 200 000 Mark. Am Sonnabend mittag kam ein Mann, der eine Eisenbahnermütze, sonst aber Zivilkleidung trug, an den Begleiter des Transportes heran und behauptete, er sei beauftragt, ihn zu dem Leiter des Güterbahnhofes zu bringen. Im Bureau des Güterbahnhofes versicherte man dem Transportbegleiter, daß niemand ihn zu sprechen wünsche. Der Beamte eilte sofort zu seinem Transport zurück, fand ihn dort aber nicht mehr an der alten Stelle vor. Ein Bahnbeamter, der in der Nähe gearbeitet hatte, behauptete, daß eine Gütermaschine herangekommen und mit dem Butterwagen und zwei anderen abgefahren sei. Da auf dem Güterbahnhof ständig rangiert wird, ist ihm der Vorfall nicht verdächtig vorgekommen. Offenbar haben die Diebe den Wagen mit Butter auf eine andere Station gebracht, wo er dann von Helfershelfern ausgeladen und verschoben worden ist. Ohne die Hilfe von Eisenbahnbeamten wäre das natürlich nicht möglich.

** **Automobilunglück Wilsons.** Bei einem Automobilausflug der Gesellschaft des Präsidenten Wilson überschlug sich bei Portland in Oregon ein Wagen. Dabei wurden zwei Personen, nämlich der Besitzer des Autos und ein Journalist, getötet. Zwei andere Journalisten wurden verwundet. Wilson blieb unverletzt.

Bücherschau.

Ein literarisches Unternehmen, das bei dem heutigen lebhaften Interesse für Lebenserinnerungen in weitesten Kreisen Aufmerksamkeit erregen wird, kündigt der Verlag Heinrich Diekmann in Halle (Saale) an: Eine Denkwürdigkeiten- und Erinnerungen-Bücherei, die aus dem reichen Memoirenschatz der Weltliteratur Anthologien über einzelne Kunst-, Kultur- und Lebensgebiete wie Musik, Malerei, Baukunst — Liebe, Ehe, Freude — Religion, Philosophie, Redekunst, Theater, Reise usw. usw. bringen wird. Jeder Gegenstand wird in einem besonderen Bande behandelt, der das Interessanteste und Charakterischste darüber aus den Denkwürdigkeiten und Erinnerungen aller Zeiten und Völker enthält. Es sind Quellenlesebücher für den Belehrung suchenden Laien. Mit der Herausgabe hat der Verlag den Schriftsteller Pfarrer Kurt Engelbrecht beauftragt, dem für die Bearbeitung der einzelnen Bände ein Stab hervorragender, bekannter Autoren zur Seite steht. Der Preis des einzelnen Werkes von etwa 15 Bogen wird ℳ 7.— nicht überschreiten.

Auf „Ein ernstes Wort an unsere Leser“ in Nr. 191 gingen weiter ein: Frau Gutsbesitzer J. F., Müllerdorf 3 ℳ; Freifrau v. St., Stuttgart 5 ℳ; Kandidat d. Th. A. K., Preetz 3 ℳ; Frau v. B., z. Zt. Wernigerode 2 ℳ; L. K., Schweinfur 3 ℳ; Ev. Pfarramt Oberglogau 2 ℳ; Amtsgerichtsrat P., Bromberg 2 ℳ; Frau K. L., Berlin 3 ℳ; Frau Geheimrat D., Berlin-Friedenau 5 ℳ; Pfarrer P. St., Krautheim 3 ℳ; Bahnmeister K., Waldbröl 5 ℳ; A. W., Wallwitz 1 ℳ; J. S., Hubertusburg 27,35 ℳ; Frau A. E., Hannover 12 ℳ; A. A., Jarplund 5 ℳ; E. F., Bad Nauheim 3 ℳ; M. W., Lahr (Baden) 5 ℳ; Pfarrer H., Wersen 5 ℳ; Frl. Pf., Trebnitz 2.10 ℳ; Geh. Justizrat C., Hamm 20 ℳ; H. Ilmenau 3 ℳ; Frl. Schr., Kolberg 3 ℳ; H., Hersfeld 10 ℳ; O. V., Zwickau 3 ℳ; stud. theol. Braunschweig 20 ℳ; Frau Geheimrat F., Halle 10 ℳ; Prokurist M. M., Frankfurt a. M., 2.50 ℳ; stud. theol. A. L., Dresden 3 ℳ; D. L., Neuwied a. R. 10 ℳ; Schw. M. v. A., Ebstorf 5 ℳ; W. E., Kalkberg 3 ℳ; Frau Forstmeister Pf., Kielau 30 ℳ; Pastor H., Windheim 20 ℳ; Frau Prof. R., Naumburg 3 ℳ; M. A., Bönnigheim 3 ℳ; F. G., Memel 3 ℳ; H. Pr., Ratibor 3 ℳ; M. W., Lünen 5 ℳ; Frau Wwe. E., Sillium 5 ℳ; San.-Rat Dr. D., Minden 5 ℳ; N. N., G. 10 ℳ; A. K., Aplerbeck 10 ℳ; L. H., Wasseralfingen 5 ℳ; Generalmajor L. M, Liebenburg 2. 50 ℳ. Herzlichen Dank! Wer hilft weiter?

Letzte Nachrichten.

Mordpläne gegen Erzberger.

Der „Vorwärts“ gibt Mitteilungen eines Leutnants L. von der K. Flakabteilung 3 in Potsdam, der wegen republikanischer Betätigung entlassen sei, wieder. Dieser erklärte, daß in den Potsdamer Offizierskasinos ungeniert über die Ermordung Erzbergers Pläne geschmiedet worden seien. Er sei selbst zum Schein auf dieses Thema eingegangen, worauf ihm sofort von anderen Offizieren angeboten wurde, man würde ihn sicher über die dänische Grenze schaffen, falls er Erzberger ermordete. Mehrfach sei er dann gefragt worden, wann es denn nun geschehen würde. Er habe in Potsdam den Eindruck gehabt, mitten in eine Verschwörung hineingeraten zu sein. Der Gewährsmann des „Vorwärts“ berichtete über seine Erlebnisse in einer sozialdemokratischen Versammlung, worauf er von den Kameraden mißhandelt und aus der Kaserne hinausgesetzt worden sein will. Der „Vorwärts“ erklärt, das Reichswehrministerium werde seinem Zeugen Gelegenheit geben, seine Aussagen zu beschwören.

Fiume abgesperrt.

Die Absperrung von Fiume zu Wasser und zu Lande ist vollständig. Da die Lebensmittel in Fiume gering sind, rechnet man auf eine Uebergabe aus Mangel an Lebensmitteln binnen wenigen Tagen. d'Annunzio soll bereits über seinen Rückzug verhandeln.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Sodtlestiach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heidenbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7882 Hannover.

Das Evangelium den heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Aus Cuxhaven, dem Hauptrückkunftsort unserer nun wohl endlich heimkehrenden Kriegsgefangenen, ergeht an uns die dringende Bitte, für die nötigen christlichen Schriften zu sorgen, die an die Heimkehrenden besonders gerichtet sind und ihnen ihre hohen Aufgaben ans Herz legen.

Wir haben diese Aufgabe übernommen und richten nun an alle unsere Missionsfreunde die herzliche Bitte, uns mitzuhelfen sie zu erfüllen, sodaß wir imstande sind jedem Heimkehrenden diese Schriften in die Hand zu geben.

Wir müssen dahin bemüht sein, die heimkehrenden Volksgenossen unter christlichen Einfluß zu bringen und ihnen von vornherein die Richtlinien zum Wiederaufbau unseres Volkes ans Herz zu legen, noch ehe sie unter den Einfluß der Volksverführer geraten.

Freiwillige Gaben bitten wir gefl. an unser Postscheckkonto Nr. 9201, Hamburg 11, einzahlen zu wollen. Gott wird's lohnen und unser Vaterland wird es ihnen danken. Eile tut not.

Der Vorstand der Mitternachtsmission E. V.

Hamburg 5, Alexanderstr. 21/23.

Adolf Müller, Missionsleiter. Pastor Prietsch, Vorsitzender.

Das Jahresfest der Anstalt Bethel

soll am **Sonntag, den 21. Sept. d. J.,** gefeiert werden

Festgottesdienste: vormittags 10 Uhr in der Zionskirche (Pastor D. Oehlkers-Hannover); nachmittags 3 Uhr in der Zionskirche, bei günstigem Wetter im Walde, (Pastor D. Philipps-Berlin und Pastor F. v. Bodelschwingh).

Alle Freunde der Anstalt werden zur Teilnahme herzlich eingeladen. Gäste, die schon vormittags kommen, werden gebeten, Mundvorrat mitzubringen. Kaffee kann in den Anstaltshäusern gereicht werden. Vereine, die teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bei Herrn Pastor Kuhlo anzumelden.

F. v. Bodelschwingh, Pastor.

Gläub. junger Mann

(22 J.), unbescholtener Kriegsteilnehmer, welcher einigermaßen mit landwirtschaftl. Arbeiten vertraut ist,

sucht Stellung

auf einem Hofe, wo er sich noch weiter in der Landwirtschaft ausbilden kann. Näheres durch

Martha Baus, Bokwinkel Rhld., Wiesenstraße 6.

Neudietendorf, Thüringen.

Töchterheim.

Hauswirtschaftsschule. Gartenbau. Wissenschaftliche Fächer. Ziele des Frauenlehrjahrs. Staatl. geprüfte Lehrkräfte. Prosp. durch die Vorst. **E. Richter.**

Jeder Christ muß lesen:

Das Jenseits,

der Zustand der Verstorbenen bis zur Auferstehung.

Eine gläubige Erfahrungswissenschaft, kein Phantasieprodukt. Mk. 2,75 franko Voreinsendung oder Mk. 3,— Nachnahme.

Blaukreuz-Versandbuchhandlung Paul Enigk, Prenzlau 1.

Stellen-Gesuche u. -Angebote

haben im „Aufwärts“ sehr oft **Erfolg.**

Milchversorgung.

Die anhaltende Dürre der letzten Wochen zog ein sprunghaftes Sinken der Milcherzeugung nach sich. Um die regelmäßigen Belieferung der kleinsten Kinder und Kranken aufrechtzuerhalten, waren wir genötigt, zunächst die Rationen der Kinder im 7. bis 9. Lebensjahre zu streichen, sodann vom 14. 9. 1919 ab die Ration der Kinder im 4. bis 6. Jahre und der alten Leute über 80 Jahre von ½ Liter auf ¼ Liter herabzusetzen.

Es erhalten also bis auf weiteres:

Kinder im 1. Lebensjahre ein Liter,
Kinder im 2. und 3. Lebensjahre drei Viertel Liter,
Kinder im 4. und 6. Lebensjahre ein Viertel Liter,
Alte Leute bis 74 Jahre ein Achtel Liter,
Alte Leute über 74 Jahre ein Viertel Liter,
Hoffende Frauen drei Viertel Liter.
Kranke laut ärztlicher Verordnung.

Andere, als die aufgeführten Kürzungen vorzunehmen, sind die Milchhändler nicht befugt.

Ob und inwieweit die alten Sätze sich wiederherstellen lassen, hängt davon ab, ob der Zustand der Weiden im laufenden Jahre noch einmal besser wird; bei der Fortdauer des gegenwärtigen Wetters kann dagegen die Notwendigkeit weiterer Kürzungen eintreten.

Verkauf von Fleisch und Wurst

an die Einwohner des Landkreises Bielefeld.

In der Woche vom 15. bis 21. 9. 1919 werden an die fleischversorgungsberechtigte Bevölkerung des Landkreises ausgegeben:

Gegen Abgabe der Marken 1—5 der elfenbeinfarbigen Reichsfleischkarte:

75 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch)
(das Rindfleisch zum Preise von 48 Pfg. für 75 Gramm, das Kalbfleisch zum Preise von 42 Pfg. für 75 Gramm), und

25 Gramm Wurst zu den bekannten Höchstpreisen.

Gegen Ablieferung der Marken 1—10 der roten Reichsfleischkarte:

50 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch)
(das Rindfleisch zum Preise von 32 Pfg. für 50 Gramm, das Kalbfleisch zum Preise von 28 Pfg. für 50 Gramm), und

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Fleisch und Wurst an Inhaber der elfenbeinfarbigen Reichsfleischkarte nur auf die Marken 1—5 abgegeben werden darf und daß die Abschnitte 6—10 den Käufern zurückgegeben werden müssen.

Kriegswirtschaftsamt.

Verkauf von Fleisch, Wurst und Hülsenfrüchten

im Stadtkreise Bielefeld.

In der Woche vom 15. bis 21. 9. 1919 werden an die versorgungsberechtigte Bevölkerung ausgegeben: Gegen Abgabe der Marken 1—5 der braunen Reichsfleischkarte (des Stadtkreises)

75 Gramm frisches Fleisch (Rind oder Kalbfleisch)
(das Rindfleisch zum Preise von 48 Pfg für 75 Gramm, das Kalbfleisch zum Preise von 42 Pfg. für 75 Gramm), und

25 Gramm Wurst zu den bekannten Höchstpreisen.

Auf die Abschnitte 6—10 werden zusammen 100 Gramm Hülsenfrüchte als Fleischersatz zum Preise von 20 Pfg. verabfolgt. Der Verkauf dieser Hülsenfrüchte findet Montag, den 22. und Dienstag, den 23. d. M. in den Kolonialwarengeschäften statt, in deren Kundenliste die Verbraucher eingetragen sind.

Die Schlachter müssen darauf achten, daß sie nur auf die Abschnitte 1—5, die Kolonialwarenhändler nur auf die Marken 6—10 ihre Waren verkaufen.

Der Magistrat.

Was ist das Evangelium?

von **Pastor S. Jaeger**, Dozent an der Theologischen Schule zu Bethel.

Eleg. kartoniert, zurückgesetzt

Statt 1.20 nur —.50.

„Es ist in unserer kritisch dunkelhaften Zeit ein wirkliches Labsal, dem Ideenfaden eines Mannes zu folgen, der mit der Denkkraft und Sorgfalt eines wahrheitsuchenden Forschers die Wärme eines lebendigen Christen verbinden.“ (Positive Union.)

Bestellungen richte man freundlichst an das

Antiquariat der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Herrnhut Sa.

Töchterschulheim der evangel. Brüdergemeine, Christl. Erziehung, sorgfältige Verpflegung, schöne, waldreiche Umgebung.

M. Hoffmann, Vorsteherin.

Zur Erwerbsgründung

5000 chemisch-technische Rezepte Mk. 10.—, 1000 chemisch-technische Rezepte Mk. 6.—, zusammen Mk. 15.—. Beide Werke von Chemikern 1. Ranges Gegen Nachnahme. **L. Schwarz & Co.**, Verlagsbuchhandlung, Berlin FA 14, Annenstr. 24.